«Switzerland first werden Sie von mir nie hören»

Drei Tage sind Sie unterwegs, halten Reden in allen vier Landessprachen. Warum tun Sie sich das an?

Ignazio Cassis: Weil ich Einladungen aus allen vier Sprachregionen erhalten habe. Und da ich bei meiner Wahl in den Bundesrat betont hatte, dass ich den Zusammenhalt des Landes fördern will, fand ich es richtig, jetzt auch den konkreten Beweis zu erbringen.

Was nehmen Sie mit aus Ihrer Tour de Suisse?

Zusammenhalt ist kein Luxus, er ist schlichte Notwendigkeit. Ohne gibt es keinen Wohlstand. Immer wieder tauchen Begehren auf, die Konflikte entfachen, so die wiederkehrende Forderung in der Deutschschweiz, Englisch als erste Fremdsprache zu unterrichten. Den Sprachfrieden und den Kulturfrieden müssen wir stets neu verteidigen.

Ist dieser Frieden gefährdet?

Am 1. August achten alle die Vielfalt, den Rest des Jahres schauen wir weg. Als Tessiner Bundesrat sehe ich es als meine Aufgabe, hier genau aufzupassen.

Sie haben in Ihren Reden auf die «Aussenpolitische Vision 2028» der von Ihnen eingesetzten Expertengruppe verwiesen. Diese fordern mehr Gewicht für die Wirtschaft. Wird das EDA zum Türöffner der Konzerne?

Das EDA war immer ein Türöffner! Für die Wirtschaft, aber auch für die Kultur oder die Entwicklungszusammenarbeit. Aber ja, der Bericht der Expertengruppe soll die Dinge beim Namen nennen. Für unsere Interessen müssen wir uns nicht schämen. Stabilität ist ein solches Interesse. Die Wirtschaft gehört selbstverständlich auch dazu.

Zeigt das Sponsoring von Philip Morris und einer US-Rüstungsfirma bei der Schweizer Botschaft in Washington nicht die Gefahren dieser Verquickung von Aussen- und Wirtschaftspolitik?

Nein. Philip Morris ist nicht «die» Wirtschaft, sondern eine Firma aus einer Branche, die von vielen Seiten kritisiert wird. Das ist auch dem Zeitgeist geschuldet. Derzeit überarbeiten wir das Sponsoring-Reglement des EDA. Heute aber kann ich nicht einfach eine Branche pauschal ausschliessen.

Wenn alle Nationen stur auf ihre Belange fokussieren, dann bleibt ein Kleinstaat doch auf der Strecke.

Ich sage nicht, dass wir unsere Interessen zum Nachteil anderer verfolgen sollen. «Switzerland first» werden Sie von mir nie hören.

Der genannte Bericht moniert, dass die Landesregierung der Aussenpolitik zu wenig Zeit einräume. Wie wollen Sie das ändern?

Mein Wunsch ist, dass wir künftig in den Sitzungen nicht nur über aussenpolitische Aktualitäten diskutieren, sondern breiter werden und längerfristig denken. Darin unterstützt mich der Gesamtbundesrat.

Ursula von der Leyen übernimmt bald das Präsidium der EU-Kommission. Rechnen Sie mit Blick auf das Rahmenabkommen mit einer Entkrampfung?

Sie muss erst ihr Team zusammenstellen. Eine Einigung mit der aktuellen Kommission wäre ein Wunder. Wie Frau von der Leyen zum Abkommen steht, weiss ich nicht. Die Position der EU bleibt wohl gleich, aber der Ton könnte sich ändern. Und mit etwas Gelassenheit wird es auch einfacher, sich zu einigen.